

Der Schwarze Peter wandert hin und her

STREIT Gegner und Befürworter des Wasserwechsels kritisieren wechselseitig Behauptungen und Veröffentlichungen

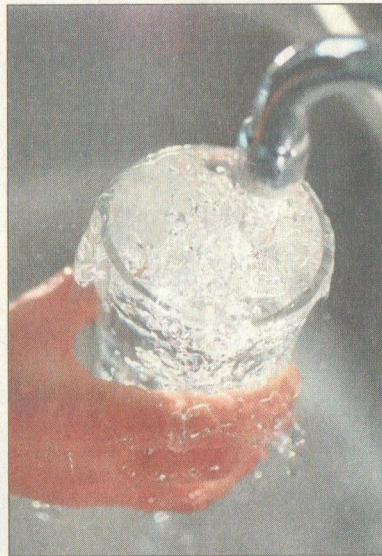
VON CHRISTOPH MEURER

BORNHEIM. Im Ringen um die Stimmen beim Bürgerentscheid sorgt ein Flugblatt von SPD, UWG, FDP und Linke (allesamt Gegner eines Wasserwechsels) für Ärger bei den Befürwortern des Wasserwechsels: CDU, Grüne (mit Pirat Jürgen Weiler) und ABB. In dem Flugblatt befassen sich die Verfasser unter anderem mit dem Plan, für die Rheinorte eine andere Wasserversorgung zu schaffen als für den Rest der Stadt. Bekanntlich wollen die Wechselbefürworter, dass Bornheim vollständig durch den Wahnbachtalsperrenverband (WTV) versorgt wird. Aus rechtlichen Gründen sollen Hersel, Uedorf und Widdig aber ein Gemisch erhalten, das aus 70 Prozent WTV-Wasser besteht sowie zu 30 Prozent aus Wasser des Wasserbeschaffungsverbands Wesseling-Hersel (WBV). Allerdings hält die Bezirksregierung Köln diese Pläne eh für rechtswidrig.

Dazu schreiben SPD, FDP, UWG und Linke in dem Flugblatt: „Diejenigen, die einen Wasser-Wechsel

wollen, haben beschlossen, dass nur Hersel, Uedorf und Widdig weiterhin das bisherige Wasser bekommen sollen und alle anderen Stadtteile auf ein anderes Wasser umgestellt werden.“ Nach Ansicht der CDU-Ratsmitglieder der Rheinorte, Bernd Marx, Konrad Velten und Rüdiger Prinz, würden die Einwohner der Rheinorte damit „bewusst verwirrt“. Dazu weisen sie auf den 70:30-Beschluss für Hersel, Uedorf und Widdig hin. So würden auch die Einwohner der Rheinorte bei einer Umstellung „deutlich vom weicheren Wasser des Wahnbachtalsperrenverbands profitieren.“

Die SPD hält dagegen und betont, dass die Rheinorte nach dem Willen der Wechselbefürworter weiterhin ein Wassergemisch erhielten. Weiter weisen der Herseler SPD-Ratsherr Frank Krüger und Fraktionsvorsitzender Wilfried Hanft darauf hin, dass WTV-Wasser nicht nur aus Talsperrenwasser besteht – anders als es die Wechselbefürworter in Veröffentlichungen behaupteten. Der WTV liefere nur zu 30 Prozent Wasser aus der



Die Politik streitet um das Bornheimer Wasser. FOTO: DPA

Talsperre. „70 Prozent des Wassers von diesem Verband kommen aus Grundwasser und Uferfiltrat von Rhein und Sieg“, so Krüger und Hanft.

ABB-Ratsmitglied Paul Breuer kritisiert derweil in einer Pressemitteilung den WBV. „Da wird der

Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben“, so Breuer. Er bezieht sich auf ein Verfahren, bei dem der WBV Wasser aus dem Rhein fördert, um es dann gezielt in der Nähe des WBV-Wasserwerks in Wesseling-Urfeld versickern zu lassen. Dieses Wasser diene zur Reduzierung der Nitratwerte im vorhandenen Grundwasser in der Nähe der Förderbrunnen beim Wasserwerk Urfeld, so die Aktiven Bürger Bornheim. Dazu Breuer: „Das Förder- und Versickerungswasser ist ungefiltert und enthält folglich alle Verunreinigungen aus dem Rhein.“

Auf GA-Anfrage bestätigt Axel Spieß, Verbandingenieur des WBV, das Verfahren. Er erläutert dazu, dass in der Nähe des Rheins bei Widdig von einem Brunnen Uferfiltrat gefördert werde. Dieses werde dann durch eine Leitung zu vier Versickerungsbrunnen in der Nähe des Wasserwerks geleitet, wo es in der Tat versickere. Dieses Verfahren werde, so Spieß, allerdings nicht kontinuierlich angewandt, sondern nur bei einem niedrigen Rheinpegel. Es diene tatsächlich dazu, auf die Nitratwerte im Boden

einzuwirken. Zugleich weist Spieß die Behauptung zurück, dass dieses Wasser ungefiltert sei. Zum einen werde in Widdig Uferfiltrat gefördert – also Wasser, das durch den Uferboden gefiltert sei. Zum anderen werde das dann versickerte Wasser nahe des Wasserwerks nicht sofort gefördert, so Spieß weiter. Es durchlaufe im Boden eine weitere natürliche Filterstrecke, bis es später im Wasserwerk aufbereitet werde. Einig ist er sich mit der ABB in der Feststellung, dass die Nitratwerte im Boden aber generell in den vergangenen Jahren gesunken seien.

Kritik äußern die ABB in diesem Zusammenhang auch an Bornheims Bürgermeister Wolfgang Henseler. Ihrer Ansicht nach hat Henseler den ABB zur Klärung dieses Sachverhalts nicht geholfen, obgleich man bei der Stadt Akteneinsicht beantragt habe. Aus einer Mail Henselers an Breuer, die dem GA vorliegt, geht indes hervor, dass der Stadt zu diesem Thema gar nichts bekannt sei und daher auch keine Akten oder Unterlagen dazu zur Verfügung stünden.